

# Geldhahn auf oder zu?

## Bund, Länder und Kommunen müssen wie erwartet sinkende Steuereinnahmen hinnehmen

Von unserem Korrespondenten  
Stefan Lange

**Berlin.** Angesichts der dramatischen Kosten für den Kampf gegen das Coronavirus ist eine heftige Debatte über die Gegenfinanzierung entbrannt. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) musste am Donnerstag in Berlin die Hiobsbotschaft verkünden, dass die Steuereinnahmen zum ersten Mal seit der Finanzkrise 2009 drastisch einbrechen werden. Bund, Länder und Kommunen müssen demnach in diesem Jahr mit 98,6 Milliarden Euro weniger auskommen als geplant. Bis 2024 stehen 316 Milliarden Euro weniger zur Verfügung. Bleiben zwei Fragen: Ist das schon alles? Und wer zahlt die Zeche?

Scholz: Man kann gegen eine Krise nicht ansparen

Scholz machte für den Rückgang sinkende Steuereinnahmen durch Gewinneinbußen, Umsatzrückgang und Kurzarbeit sowie „großzügige Regelungen“ zu Steuerstundungen und Verlustvortrag verantwortlich. Dabei ist das Ende der Fahnenstange noch gar nicht erreicht. „Das ist nur eine Momentaufnahme, denn der weitere Verlauf der Pandemie kann ja nicht seriös vorhergesagt werden“, warnte Scholz.

In der Tat schlummern noch zahlreiche Unwägbarkeiten entlang des Weges hin zu einem Wirtschaftsaufschwung. Da ist zum einen die Frage, wie lange das Virus noch sein Unwesen treibt. Offen ist auch, wie viele Milliarden Euro Deutschland an einzelne EU-Staaten überweisen muss, damit die nicht im Schuldensumpf versinken. Scholz verwies auf die 819 Milliarden Euro an staatlichen Garantien, „die jetzt Stück für Stück in Anspruch genommen werden“ und schlimmstenfalls auch fällig werden.

Besonders betroffen vom Coronaschock sind die Kommunen. Ihnen brechen allein 13 Milliarden Euro an Gewerbesteuer weg, wie Scholz erklärte. Der Bund habe eine „große Verantwortung“, die Kommunen zu stabilisieren,



**Dramatischer Rückgang:** Der Staat muss in diesem Jahr mit 98,6 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen auskommen als geplant. Bis 2024 stehen 316 Milliarden Euro weniger zur Verfügung. Foto: dpa

sagte er. Dazu gehöre das von ihm bereits angeregte Altschulden-Entlastungsprogramm, das man im Lichte der Ereignisse neu überdenken müsse. Auch einen Rettungsschirm für die Kommunen schloss Scholz nicht aus – der Milliarden kosten würde.

Ein weiterer Nachtragshaushalt ist deshalb denkbar. Um besser auf Sicht fahren zu können, wird es im September eine Interims-Steuerschätzung geben. Im Juni sollen zudem die Beratungen über ein Konjunkturprogramm beginnen, wie es am Donnerstag auch noch einmal der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) forderte.

Geht es nach den Grünen, kommt die Regierung um einen Rettungsschirm nicht herum. „Es ist Zeit, dass der Bund sich an den krisenbedingten Kosten der

Kommunen beteiligt“, sagte der Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter. „Wir fordern: Überschuldeten Kommunen soll der Bund die zusätzlichen Sozialkosten übernehmen und gemeinsam mit den Ländern umgehend die Problematik der kommunalen Altschulden angehen.“ Sparen will in der Regierung derzeit niemand. Scholz mahnte, eine rigide Sparpolitik wäre ein „konjunktur- und wirtschaftspolitischer Fehler“. Man könne gegen eine Krise nicht ansparen, sondern müsse gegen sie anhalten.

Am Ende kann sich die Regierung so viele Beruhigungspillen verteilen, wie sie will. Die Zeche muss irgendwann beglichen werden, und das wird nicht ohne Einschnitte möglich sein, finden jedenfalls mahnende Stimmen, die nicht auf eine Wiederwahl schielen müssen. Der

Präsident des einflussreichen Verbandes „Die Familienunternehmer“, Reinhold von Eben-Worlée, forderte eine sofortige Ausgabensperre. „Da sich Steuererhöhungen in der Rezession verbieten, ist jetzt der Rotstift rigoros bei den Ausgaben anzusetzen“, sagte er. Bei diesem dramatischen Einbruch der Steuereinnahmen reiche ein Belastungsmoratorium nicht mehr aus.

Der Steuerzahlerbund sieht das genauso. Der Staat dürfe „nicht ständig wie ein Helikopter über uns hinwegfliegen und Geld abwerfen“, kritisierte Präsident Reiner Holzengel und betonte: „Alle Krisenprogramme, die heute aufgelegt werden, müssen wir Steuerzahler auch finanzieren.“ Holzengel forderte „Sparprogramme auf allen staatlichen Ebenen“.

### Pressestimmen

Es ist richtig so

Die Lockerung der Grenzkontrollen behandeln folgende Kommentarauszüge:

Die konsequente Schließung der Grenze mit nur ganz wenigen Ausnahmeregelungen hat die Weiterverbreitung des Virus praktisch zum Erliegen gebracht. Nun wird die Reisefähigkeit innerdeutsch wie auch alsbald grenzüberschreitend ermöglicht. Man muss kein ängstlicher Mensch sein, sondern benötigt nur schlichte mathematische Kenntnisse, um die Folgen zu fürchten. Es ist aber richtig so: Ohne Lockerung des grenzüberschreitenden Verkehrs kann die Wirtschaft nicht wieder in Gang kommen, und Kontrollen lassen sich auch an Rastplätzen durchführen.

Neue Osnabrücker Zeitung

Kritiker der Lockerung weisen zu Recht darauf hin, dass das Coronavirus noch lange nicht besiegt ist und es weder ein Medikament noch einen Impfstoff gibt. Die Gefahr einer zweiten Infektionswelle ist real. Das ist keine Angstmasche. Doch auf der anderen Seite steht der drohende Kollaps der Wirtschaft, ein Heer von Kurzarbeitern, höhere Steuern als Folge der Hilfspakete und explodierende Kosten im Gesundheitswesen.

Reutlinger General-Anzeiger



### Kalenderblatt

15. Mai

2010 – Die 16-jährige Australierin Jessica Watson kommt nach einer siebenmonatigen Tour als bislang jüngste Weltumseglerin in Sydney an.

1920 – In Berlin wird die Deutsche Hochschule für Leibesübungen gegründet. dpa

# Corona lässt die Müllberge wachsen

## Deutlich mehr Abfälle in Privathaushalten und Kliniken seit Beginn der Pandemie

bis zu 30 Prozent, wie das Amt für Abfallwirtschaft (AfA) auf BNN-Anfrage mitteilt. Nach Einschätzung des Amtes verhalten sich die Haushalte jedoch „größtenteils diszipliniert“, weswegen die korrekte Entsorgung des Corona-bedingten Mülls gut funktioniere. Doch wie werden eigentlich Abfälle wie Einweghandschuhe, Masken, Schutzkleidung, Wischtücher und andere Materialien, die der Hust- und Niesetikette dienen, korrekt entsorgt? Das wollten zuletzt auch einige BNN-Leser wissen.

Der Bund und die Länder haben sich Ende März auf ein einheitliches Vorge-

hen in Sachen Corona-Sondermüll verständigt. Danach wird zwischen den Orten unterschieden, wo der Abfall entsteht: Sind es „normale“ Haushalte mit gesunden Bewohnern oder Personen, die auf Sars-CoV-2 positiv getestet wurden? Handelt es sich um Haus- und Facharztpraxen, die „in sporadischen Einzelfällen“ infizierte oder erkrankte Patienten behandeln? Oder geht es um Abfälle aus Kliniken oder Schwerpunktpraxen, in denen jetzt virenbelastete Abfälle gehäuft anfallen?

In den ersten zwei Fällen ergeben sich durch die Pandemie keine Änderungen

bei der Entsorgung. Die Abfälle wandern also wie gewohnt in stabilen, möglichst reißfesten Müllsäcken in die Restmülltonne. Andere Vorschriften gelten jedoch für die Einrichtungen des Gesundheitsdienstes mit großen Mengen von virenbelasteten Abfällen. So wird der Müll von Patienten, bei denen der Virus nachgewiesen ist und die in Isoliereinheiten behandelt werden, als „gefährlicher Abfall“ eingestuft. Diese mit Sekreten oder Exkreten kontaminierten Materialien müssen in den dafür zugelassenen, geschlossenen Behältnissen separat entsorgt werden.

Die Mengen von infektiösen Abfällen in einigen Krankenhäusern der Region sind durch Corona ebenfalls angestiegen. So musste das Städtische Klinikum Karlsruhe in den vergangenen zwei Monaten insgesamt 17,4 Tonnen entsorgen. Im Januar und Februar 2020 waren es noch 10,9 Tonnen gewesen. Nach Angaben des Klinikums sind zudem die Kosten seit März um monatlich rund 1.000 Euro gestiegen, weil die zuständige Verbrennungsanlage in Augsburg die Gebühren angehoben habe.

Auch das Pforzheimer Helios Klinikum hat derzeit Mehrkosten durch die gestiegene Anzahl der Entsorgungsbehälter. Der Helios-Konzern setzt nach eigenen Angaben auch desinfizierbare Face Shields ein, um die Anzahl der Einweg-Schutzmasken im Müll zu reduzieren. Alexei Makartsev

# „Da läuft was schief“

## Altersforscher Wahl kritisiert Vereinfachungen des Altersbildes in der Corona-Krise und hofft auf eine neue Intergenerationen-Solidarität

**Karlsruhe.** Hans-Werner Wahl, blickt grundsätzlich optimistisch auf die Möglichkeiten einer immer stärker alternenden Gesellschaft in Deutschland. Im Gespräch mit BNN-Redakteur Tobias Schächter kritisiert der Psychologe und Direktor des Netzwerks Altersforschung der Uni Heidelberg, „eine Primitivisierung unseres Altersbildes“ in der Krise, sieht aber auch die Chance, unsere Gesellschaft „neu zu bauen“.

Ich hätte erwartet, dass man dies schnell korrigiert, das ist aber aus meiner Sicht nicht geschehen. Deshalb sehe ich die oft erklärte Protektionsformel – „Wir müssen die Alten schützen“ – nicht als glaubwürdig an, sondern als unwürdig.

Diese Vereinfachung in Bezug auf ältere Menschen drückt sich in der Corona-Krise in der Flut von Bildern aus Alten- und Pflegeheimen aus.

Wahl: Das Klischee der Hilflosigkeit von alten Menschen wird durch diese Bilder aus meiner Sicht eindeutig gefördert. Bei aller Empathie mit dieser Gruppe von rund 800.000 Menschen, die in Deutschland in Alters- und Pflegeheimen leben – es sind nur vier Prozent der über 65-Jährigen, bei den über 80-Jährigen sind es 20 und bei den über 90-Jährigen 40 Prozent. Diese Menschen leben in ihrem sehr hohen Alter in einer unheimlich fragilen Situation. Man muss aber aufpassen, dass man ausgehend von diesen Menschen jetzt nicht generalisiert und auch von allen 65-Jährigen pauschal verlangt, dass diese zu Hause bleiben. Diese Pauschalisierungen tragen nicht dazu bei, dass das entsteht, was wir in unserer Gesellschaft jetzt brauchen: Solidarität.

Die Solidarität zwischen den Generationen ist eine Forderung, die



Hans-Werner Wahl  
Foto: Lotte Ostermann

es nicht erst seit der Corona-Krise gibt.

Wahl: Man sollte immer ein bisschen zurückhaltend sein, mit Annahmen, was Gesellschaften aus einer Krise lernen könnten. Aber die Fehlentwicklungen der negativen Stereotypisierung könnten uns neu bewusst machen, wie bedeutsam die Intergenerationen-Solidarität ist. Und dass diese Solidarität in einer stark alternenden Gesellschaft auf eine partnerschaftliche Weise verteilt wird. In einem guten Szenario, zu dem ich neige, gibt uns die Krise auch Chancen, unsere Gesellschaft neu zu bauen. Im Augenblick habe ich aber den Eindruck, das Bedürfnis, zur „neuen Normalität“ zurückzukehren, also zu dem Stand vor Beginn der Krise, ist größer. Und das macht mir Sorge.

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer sagte jüngst: „Wir retten in Deutschland möglicherweise Menschen, die in einem halben Jahr sowieso tot wären – aufgrund ihres Alters und ihrer Vorerkrankungen.“ Was bewirkt so ein Satz?

Wahl: Bei einem ohnehin nicht sehr stark ausgeprägten positiven Altersbild richtet man durch solche Äußerungen einen völlig unnötigen Schaden an. Man untergräbt das Miteinander der Generationen mutwillig. Wir haben den ethischen Wert, dass man kürzere und längere Leben nicht gegeneinander aufrechnen kann. Wir sollten uns klarmachen, dass wir in Deutschland bisher auch Glück hatten. Unser Gesundheitssystem ist nie an seine Grenzen gelangt, wir hatten nie eine medizinische Notlage wie beispielsweise in Italien.

Die Krise lenkt den Blick der Alten auch darauf, wie sie ihr eigenes Altern beobachten. Wie war der Forschungsstand dazu vor der Krise?

Wahl: Die Wahrnehmung in der Gesellschaft hat sich von 1996 bis 2017 hin zu einer positiveren, differenzierteren Sicht auf das Alterwerden entwickelt. Allerdings gibt es auch viele Hinweise darauf, dass die Alters-Diskriminierungen weiter da sind. Das ist insgesamt eine fragile Situation hin zum Positiven.

Noch nie waren alte Menschen so leistungsfähig wie heute. Dieses zarte und zunehmend nachhaltige Pflänzchen kann aber auch schnell wieder durch eine Trockenheit von pauschalisierenden Aussagen wie die von Palmer eingedörrt werden.

Was kann man dagegen tun?

Wahl: Eine der großen Aufgaben von älteren Menschen aktuell ist, sich von diesen negativen Bildern zu distanzieren. Wenn beispielsweise einer älteren Frau auf der Straße von Jüngeren gesagt wird „Sie sind doch Risikogruppe, warum bleiben sie nicht daheim“, dann sollte die betreffende Person sich wehren.

Müssen wir den Umgang mit den Älteren neu denken?

Wahl: Die gut gemeinte Sorge im Kleinen und die Überprotektion im Großen – ganz Deutschland ist verantwortlich dafür, die Alten zu schützen – all das hat in der Krise auch positive Elemente. Das kann aber schnell auch negative Effekte nach sich ziehen. Bald ist ein Drittel der Bevölkerung über 60 Jahre alt. Die positive Vision im Sinne eines Kontrasteffekts nach der Krise könnte dahin gehen, dass wir wahrnehmen, die Älteren sind nicht überwiegend krank, sondern hochfunktionsfähig – und die Jüngeren können sich auf diese Lebensphase freuen.

### BNN-Interview

Herr Wahl, was fällt Ihnen als Altersforscher in der Corona-Krise besonders auf?

Wahl: Das allgemeine Bild, das sich mir in sehr hoher Prägnanz früh abgebildet hat, war: Da läuft etwas schief. In Deutschland leben 17,5 Millionen Menschen, die über 65 Jahre alt sind. Diese Gruppe leistet auf allen Ebenen wichtige Beiträge – in der Familie, in der Freizeit, in der Freiwilligenarbeit. Man denkt, diese Fakten sind geschätzt und etabliert. Doch plötzlich tritt eine Primitivisierung unseres Altersbildes in Erscheinung. Dies geschieht vielleicht nicht durch bösen Willen, oft ist ein Stück Unbedachtheit dabei und die Lust auf Vereinfachungen in der Krise.